

Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.



Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowiz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigenpreise: Die 8-gespaltene mm=3l. für Polnisch-Oberöchl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-gespaltene mm=3l. im Reklameteil für Poln.-Oberöchl. 80 Gr., für Polen 80 Gr. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Slaskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 107

Mittwoch, den 15. Juli 1931

49. Jahrgang

Vor einer außerordentlichen Sejm-Sitzung im August?

Reorganisation der Staatsverwaltung — Neue Sparmaßnahmen

Warschau. In den politischen Kreisen der Sana-tion wird eifrig verhandelt. Diese Verhandlungen beziehen sich auf die bereits durchgeführten Sparmaßnahmen und Erfindung neuer Einnahmequellen. Im Zusammenhange damit wird der Sejm einberufen werden. Man hat beschlossen, alle führenden Persönlichkeiten in der zweiten Hälfte des Monats August nach Warschau einzuberufen, weil in dieser Zeit eine außerordentliche Sejm-Sitzung einberufen werden wird. Folgende Gesetzesprojekte werden dem Sejm zur Beschlussfassung vorgelegt:

1. Der Entwurf über die Reorganisation der Verwaltung. Aufhebung einiger Wojewodschaften und Schaffung neuer Verwaltungskörperchaften.

2. Schaffung von Sammelgemeinden und steuerliche Entlastung der Bürger.

3. Ein Entwurf über die Reorganisation des gesamten Schulwesens. An Stelle des 7-Klassen-systems, tritt das 3-Klassen-system.

4. Reorganisation des Gerichtswesens. Abschaffung einer Reihe von Appellationsgerichten, Bezirksgerichte und der Kreisgerichte und Schaffung neuer Gerichte.

5. Erhöhung der Einkommensteuer besonders bei höheren Einnahmen.

6. Ausbau der Grundsteuer.
Man erwartet in Warschau die Einberufung des Sejms für den 20. August d. Js.



Österreichs Vertreter für die Zollunionsverhandlungen vor dem Haager Schiedsgericht

Professor Dr. Hans Sperl, der bekannte Rechtslehrer der Wiener Universität, wird bei den Verhandlungen des Internationalen Schiedsgerichtshofes im Haag über die Zollunionsfrage die Interessen Österreichs wahrnehmen.

Der entscheidende Moment in Deutschland

Zweitägige Schließung der Banken und Sparkassen — Auch die Börse bleibt 3 Tage geschlossen
Berordnung des Reichspräsidenten — Reichsbankpräsident Dr. Luther verhandelt

Berlin. Auf Grund des Artikels 48, Absatz 2, der Reichsverfassung wird verordnet:

§ 1. Die Reichsregierung ist ermächtigt, Bankfeiertage zu erklären. Sie bestimmt, für welche öffentliche und private Kreditanstalten und Einrichtungen die Bankfeiertage gelten, und welche Rechtswirkungen mit ihnen verbunden sind.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 13. Juli 1931 in Kraft.

Neuedel, den 13. Juli 1931.

Der Reichspräsident
gez. von Hindenburg.

Der Reichskanzler
gez. Dr. Brüning.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichsminister der Finanzen

gez. H. Dietrich.

Der Reichsminister des Innern
gez. Dr. Wirth.

Der Reichspostminister
gez. Dr. Schäkel.

Der Reichswirtschaftsminister mit Wahrung der Geschäfte beauftragt
gez. Dr. Trendelenburg.

Berlin. Auf Grund einer Verordnung des Reichspräsidenten vom heutigen Tage hat die Reichsregierung angeordnet, daß alle Banken, Sparkassen und andere Kreditanstalten mit Ausnahme der Reichsbank Dienstag und Mittwoch dieser Woche geschlossen bleiben. Die Reichsregierung und die berufenen Vertreter der Banken und Sparkassen werden im Verlauf dieser zwei Tage die nötigen Maßnahmen und Vorbereitungen treffen, damit am Donnerstag die zur Weiterführung der Wirtschaft und zur Bewirkung der Gehalts- und Lohnzahlungen erforderlichen Mittel bereitgestellt werden. Die Wertpapierbörsen bleiben voraussichtlich bis Ende der Woche geschlossen.



Frankreichs Finanzminister Flandin
Der Luthers Kreditbemühungen in Paris die stärksten Widerstände entgegensetzte.

Die Verhandlungen der „BZ.“

Basel. Die um 10 Uhr wieder aufgenommenen Verhandlungen des Verwaltungsrates der „BZ.“ gingen gegen 11 Uhr zu Ende. Die Bankleitung hat ein abschließendes Communiqué veröffentlicht, das folgenden Wortlaut hat:

Der Verwaltungsrat hat von der Darstellung Kenntnis genommen, die der Präsident der Reichsbank Dr. Luther von der Situation in Deutschland und von der deutschen Wirtschafts- und Finanzlage gegeben hat, die trotz der durch die Abzüge von in Deutschland angelegten kurzfristigen Kapitalien hervorgerufenen Krise befriedigend ist.

In Anbetracht des Umstandes, daß sich die deutsche Regierung an die verschiedenen Regierungen wegen finanzieller Unterstützung an ihren entsprechenden Märkten gewandt hat, erklärt sich der Verwaltungsrat, überzeugt von der Notwendigkeit einer solchen Unterstützung und unter den gegenwärtigen Umständen bereits an dieser Hilfe mitzuwirken und mit allen an den Zentralbanken zur Verfügung stehenden Mitteln zu stärken. In der Zwischenzeit hat der Verwaltungsrat den Präsidenten ermächtigt, in Uebereinstimmung mit den anderen beteiligten Instituten die Beteiligung an dem der Reichsbank kürzlich gewährten Rediskontkredit zu erneuern.

Erklärung Dr. Luthers vor der Presse

Basel. Reichsbankpräsident Dr. Luther gab in tiefer Bewegung am Schluß der Sitzung der BZ der ihn umringenden Presse zu verstehen, welchen schweren Kampf Deutschland gegenwärtig führt und der nicht durch eigenes Verschulden hervorgerufen sei, sondern durch fremde Eingriffe von außen, indem seit Mai Deutschland in unerhörtem Maße die ausländischen Gelder abgezogen werden, wodurch Deutschland natürlich immer weniger in der Lage sei, aus dem Ausland Rohstoffe zu beziehen und Waren auszuführen. Ohne eine gesunde und ruhige Entwicklung in Mitteleuropa sei auch an eine ebenso gesunde Entwicklung der übrigen Welt nicht zu denken.

Amerika über äßt die Lösung Europa

Newyork. Nach mehrstündigen Konferenzen zwischen dem Unterstaatssekretär Mills, den Beamten der Federal Reserve-Bank und einer Gruppe von Finanzleuten unter Führung Owen Youngs gab Mills eine amtliche Erklärung ab, daß Amerika bereits durch Hoovers Moratoriumprogramm Deutschland aus der kritischen Lage geholfen hat. Ueber vierhundert Millionen Dollar wurden so für die Wiederingangung der deutschen Industrie und des deutschen Handels im gegenwärtigen Jahr flüssig, die sonst auf Reparationskonto hätten eingezahlt werden müssen. Das ist die einzige Richtung, in der die Regierung der Vereinigten Staaten Gelegenheit und Autorität hat, zu intervenieren. Es ist selbstverständlich und wohl bekannt, daß die Regierung keine Kontrolle über die ausländische Kreditpolitik der Federal Reserve-Banken hat, da sie in einer wohlbe-gründeten und gesunden Politik von dem Einfluß der Exekutivgewalt oder einer Einmischung frei gemacht worden sind. Es sollte nicht vergessen werden, daß die Probleme, mit denen wir uns heute beschäftigen, grundlegende europäische Probleme sind und daher am besten durch die Initiative und eine gemeinschaftliche Aktion der Beteiligten schnellstens gelöst werden können.

Geheimnisvoller Tod des südslavischen Generalkonsuls

Berlin. Der südslavische Generalkonsul Dr. Barkhausen wurde in der Nacht zum Montag in seiner Amtswohnung tot aufgefunden. In der Nähe der Leiche lag ein Revolver. Ob es sich um einen Mord handelt oder ob der Generalkonsul selbst seinem Leben ein Ende gemacht hat, konnte bisher noch nicht einwandfrei ermittelt werden. Allerdings läßt die am Tatort herrschende Unordnung unter Umständen den Schluß zu, daß Dr. Barkhausen einer Mordtat zum Opfer gefallen ist. Er ist aber gegen den Mörder verweigert gewehrt hat. Die Mordkommission ist mit der Aufklärung des Falles beschäftigt. Man glaubt im Laufe des Vormittags eine Klärung dieses rätselhaften Todesfalles herbeiführen zu können.

Macdonald zur Abrüstungsfrage

London. In der Londoner Albert-Hall fand eine große Abrüstungsdemonstration statt, an der die Führer der englischen Parteien und von der Regierung Mac Donald teilnahm. Mac Donald erklärte in seiner Rede, daß England das einzige Land sei, das die Abrüstung bereits praktisch in Angriff genommen habe. Er wolle keine Nation mit Namen nennen, aber keine sei bisher dem Beispiel England gefolgt. England gehe nach Genf, entschlossen durch Ueberredung, durch Argumente, durch Appelle an das, was schriftlich versprochen wurde, durch Appell an das, was von England bereits getan sei, durch Appell an die Gerechtigkeit und durch Appell an die Vernunft die Nationen in der Welt zur Abrüstung zu bringen.

Unruhen in Granada

Paris. In Granada wurden, wie Madrid berichtet, in zwei Klöstern Sprengladungen zur Explosion gebracht. Im Anschluß daran entspann sich zwischen Polizei und zum Generalkonflikt auffordernden Elementen, ein Kampf, in dessen Verlauf einer der Unruhestifter getötet wurde. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Die kirchlichen und öffentlichen Gebäude werden von Truppen bewacht. Der Generalkonflikt wird nur schwach Folge geleistet. Auch in Valencia wird der Generalkonflikt, der dort ebenfalls ausgerufen wurde, nur teilweise durchgeführt.

Die Weltopiumkonferenz

Genf. Nach siebenwöchiger Dauer ist heute die Weltopiumkonferenz zu Ende gegangen. Die Konferenz hat den Entwurf einer Konvention für die Beschränkung der Herstellung und Verteilung der Rauschgifte aufgestellt, an der Deutschland, das auf der Konferenz durch Freiherrn von Rheinbaben vertreten war, seinen Interessen als erstes Exportland entsprechend einflugs-bend mitgewirkt hat. Der deutsche Vertreter hat heute in der Schlußsitzung die Konvention unterzeichnet. Sie tritt in Kraft wenn 25 Staaten, darunter vier Fabrikationsländer, sie ratifiziert haben. Die Unterzeichnungsfrist läuft bis 31. Dezember dieses Jahres ab.

